

Immer wieder Freital

Nach Sprengstoffanschlägen auf Flüchtlinge und Linke: Generalbundesanwalt geht gegen mutmaßliche rechte Terrorzelle vor

Michael Merz

Mehr als 200 Polizeibeamte, darunter Spezialeinheiten der GSG 9, haben am Dienstag morgen in einer konzertierten Aktion vier Männer und eine Frau in Freital (Sachsen) festgenommen. Zeitgleich wurden mehrere Wohnungen und Räume in Sachsen durchsucht, wie die Bundesanwaltschaft Karlsruhe mitteilte. Dabei sei eine große Anzahl pyrotechnischer Sprengkörper gefunden worden. Gegen die fünf Personen wird wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer rechtsterroristischen Vereinigung ermittelt. Drei weitere Verdächtige sitzen bereits seit November in U-Haft. Unter ihnen Timo S. und Patrick F. – sie sollen die Rädelsführer der Gruppe gewesen sein, deren Ziel Sprengstoffanschläge auf Asylbewerberunterkünfte und Wohnprojekte von politisch Andersdenkenden gewesen sein soll. Anzunehmen ist, dass die Festgenommenen im Zusammenhang mit der »Bürgerwehr FTL/360« stehen, die es seit April 2015 gibt. Die Bundesanwaltschaft bezeichnet die mutmaßlichen Täter lediglich als »Gruppe Freital«.

Immer wieder Freital. Die Liste rassistischer Ausschreitungen, von Angriffen und Bedrohungen durch Neonazis und ihre Mitläufer ist seit dem Frühsommer 2015 lang: Sprengstoffanschläge auf Wohnungen von Flüchtlingen, das Auto eines Linke-Stadtrats oder das Bürgerbüro der Linkspartei, daneben Brandstiftungen und Steinwürfe auf Fensterscheiben zuhauf. Verbale Bedrohungen und Hasspostings im Internet nahezu täglich. Die Polizei offenbarte über Monate ein Bild der Hilf- und Tatenlosigkeit. Menschen, die auf den rechten Terror hinwiesen, bekamen noch im November letzten Jahres von der örtlichen CDU lediglich bescheinigt, »dem Ruf von Freital damit nachhaltig geschadet« zu haben.

Nur drei der vielen Attacken – zwei auf Asylbewerberunterkünfte und eine auf ein linkes

Wohnprojekt in Dresden – werden den jetzt Festgenommenen im Alter von 18 bis 39 Jahren zur Last gelegt. In einem der Fälle wird auch dem Verdacht auf versuchten Mord nachgegangen. »In welchem Umfang der rechtsterroristischen Vereinigung noch weitere Anschläge zuzurechnen sind, bleibt den weiteren Ermittlungen vorbehalten«, sagte die Bundesanwaltschafts sprecherin, Frauke Köhler, gegenüber *Reuters*. Karlsruhe ermittelt offiziell erst seit einer Woche. Vorher war die Generalstaatsanwaltschaft Sachsen zuständig. Diese habe den Fall nicht – wie üblich – von sich aus dem Generalbundesanwalt als Terrorverdachtsfall vorgelegt, so *ARD*-Terrorismusexperte Holger Schmidt. Die Bundesanwaltschaft habe die Akten erst anfordern müssen und das Verfahren schließlich an sich gezogen, dies sei »politisch brisant«.

Die Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz (Linke) wies bereits in mehreren parlamentarischen Anfragen auf die Gefahr der Bürgerwehr hin. Trotz belegbarer Vorwürfe sei nie über ein Verbot nachgedacht worden, sagte sie am Dienstag. »Hier hätte viel eher eingeschritten werden müssen, noch bevor es zu Anschlägen kommt.« Für die Linke-Bundestagsabgeordnete Martina Renner ist klar, dass nun mögliche Unterstützernetzwerke ins Visier rücken müssen: »Rechter Terror entsteht vor dem Hintergrund einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung zu Rassismus und kann nur erfolgreich gestoppt werden, wenn auch die Strukturen im Hintergrund bekämpft werden.«

Dass nun endgültig Ruhe einkehrt in der Kleinstadt, möchte der Linke-Ortsvorsitzende Jörg Kühnast gern glauben, wie er im Gespräch mit *jW* am Dienstag sagte. Das sei zumindest kurz nach den ersten Festnahmen im November durchaus der Fall gewesen. »Doch nach 14 Tagen ging es wieder los mit den Attacken auf unser Büro.«

<http://www.jungewelt.de/2016/04-20/001.php>